

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend gemeinsamer Außenzoll für Lebensmittelimporte mit schlechter CO₂-Gesamtbilanz

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, sich bei den Entscheidungsträgern der Europäischen Union für einen gemeinsamen Außenzoll auf die Einfuhr von Lebensmitteln, die eine schlechtere CO₂-Gesamtbilanz als bei europäischer Produktion aufweisen, einzusetzen.

Begründung

Der Anteil der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beträgt in etwa 10% der weltweiten von Menschen verursachten CO₂-Emissionen, Österreichs Anteil 0,2%.

Als Wirtschafts- und Zollunion verfügt die Europäische Union aber über einen weltwirtschaftlich bedeutenden Markt. Die Europäische Union hat erfreulicherweise seit jeher eine höhere Verantwortung wahrgenommen, als das reine wirtschaftliche Wachstum ihrer Mitgliedsstaaten sicher zu stellen. Dies äußert sich insbesondere dadurch, dass Sozialstandards laufend verbessert werden und mit einer gemeinsamen Umwelt-, Klima- und Energiepolitik die ökologische Verantwortung gegenüber unseren Lebensraum gewahrt wird. Die Europäische Grundrechtscharta, insbesondere deren Artikel 37 betreffend des Umweltschutzes, ist kräftiger Ausdruck dieses Ethos.

Die Europäische Union ist daher im Kampf gegen den Klimawandel, dessen Auswirkungen bereits weltweit spürbar sind, nicht nur aufgrund ihrer ökologischen Verantwortung, sondern auch als wichtiger Wirtschaftsplayer gefordert. Es ist ein Gebot der Stunde, dass die wirtschaftliche Bedeutung auch dazu genutzt wird, ökologisch nachhaltige Handelsregelungen einzufordern. Experten, wie zum Beispiel jene des renommierten Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO), sehen Importzölle in Verbindung mit dem bestehenden Emissionszertifikate-Handelssystem als beste Lösungsstrategie für diese Herausforderung. Eines der Ziele muss es daher sein, dass die Europäische Union zukünftig auf die Einfuhr von Gütern, die eine schlechtere CO₂-Gesamtbilanz als bei europäischer Produktion aufweisen, eine Zollgebühr einhebt.

Transport und Logistik sind für einen Gutteil der CO₂-Emissionen verantwortlich. Viele davon sind unverzichtbar, um unseren täglichen Bedarf an Lebensmitteln und Gütern decken zu

können. Andererseits werden aufgrund äußerst günstiger Transportbedingungen auch Lebensmittel aus dem anderen Ende der Welt teils günstiger als Produkte, die im EU-Inland produziert wurden, bei uns angeboten. Durch einen entsprechenden Einfuhrzoll, der die CO₂-Gesamtbilanz der Produktion und des Transports von Lebensmitteln erfasst, würde ein gerechter Ausgleich geschaffen werden. Derartige Zölle führen außerdem zu Zusatzeinnahmen, die zur weiteren Finanzierung einer Ökologisierung der Europäischen Marktwirtschaft verwendet werden können.

Selbstredend sollten bei Einführung eines derartigen Zolls auch bestehende Handelsübereinkommen mit anderen Staaten bzw. Freihandelszonen einer Evaluierung und gegebenenfalls einer Neuverhandlung unterzogen werden.

Die unterzeichnenden Abgeordneten ersuchen daher die Bundesregierung, die Entscheidungsträger auf Europäischer Ebene von den Vorzügen eines CO₂-Zolls auf Lebensmittelimporte zu überzeugen und auf eine gesamteuropäische Lösung hinzuwirken.

Linz, am 17. September 2019

(Anm. ÖVP-Fraktion)

Kirchmayr, Manhal, Hingsamer, Raffelsberger, Langer-Weninger, Stanek, Ecker, Aspalter, Tiefnig, Brunner, Frauscher, Höckner, Kölblinger, Csar

(Anm. FPÖ-Fraktion)

Mahr